|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| **Ortsamt Borgfeld**  **0**  **00**  **,**  **0Ortsamt Borgfeld** | |  | **Freie Hansestadt Bremen**  **Ortsamtsleiter** |
| Ortsamt Borgfeld, Borgfelder Landstr. 21, 28357 Bremen    An die  Mitglieder des Beirates Borgfeld  Mitglieder der Ausschüsse I; II; Schulen; Kindergärten; Seniorenvertreter; Sprecher Beirat Blockland; KOPs |  | | **Jürgen Linke, OAL**  **Angela Cau**  Tel.: 0421/361-3087/3090  Fax: 0421/361-15887  E-mail  Office@oaborgfeld.bremen.de    Datum und Zeichen  Ihres Schreibens  Mein Zeichen  (bitte bei Antworten angeben)  Bremen, den  **20.04.2014** |
|  |  | |  |

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur

**öffentlichen Sitzung des Beirates Borgfeld**

**am Dienstag, dem 29.04. 2014, 19:30 Uhr,**

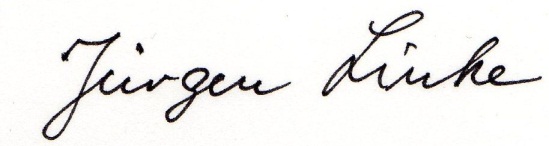
**in der Schule Borgfeld Mitte (Aula),  
 Katrepeler Landstraße 1-3**

herzlich ein.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls vom 25.02.2014
3. Sachstandsbericht
4. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger
5. **Antrag CDU: Wappen im Borgfelder Ortsschild**; Herren Neumann-Mahlkau und Wagner sind zur Teilnahme angefragt. (Antr. 1)
6. **Antrag SPD: Planung des Kindergartenjahres – Sozialzentren** (Antr. 2)
7. **Antrag SPD: Querungshilfen in der Bgm.-Kaisen-Allee** (Antr. 3)
8. **Antrag Grüne: Beschilderung der Fahrradstraße Kiebitzbrink** (Antr. 4)
9. **Antrag Grüne: Geschwindigkeitsbeschränkung in der kleinen Bgm.-Kaisen-Allee** (Antr. 5)
10. **Stellungnahme zu den Entwürfen *Landschaftsprogramm und Flächennutzungsplan***
11. **Erklärung des Ressorts zur Stellungnahme „Naturschutz- und Landschaftsschutzgebietsverordungen…“**
12. Mitteilungen
13. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen



Ortsamtsleiter

Anhang Anträge:

Antr. 1

CDU-Fraktion im Beirat Borgfeld Bremen, 22.02.2014

Antrag der Beiratsfraktion der CDU

für die Sitzung des Beirates Borgfeld

am 25.02.2014

**Wappen im Borgfelder Ortsschild**

Der Beirat Borgfeld möge beschließen:

**Der Beirat Borgfeld fordert das Amt für Straße und Verkehr (ASV) auf, Borgfeld ein Ortsschild mit eigenem Wappen und den Wappen der Partnergemeinden zu ermöglichen**

Begründung:

Der Beirat Borgfeld unterstützt damit die bestehende Forderung des Borgfelder Bürgervereins. Das ASV hatte die Wappen im Ortsschild mit der Begründung abgelehnt, dass nur Stadtteile derartige Ortsschilder erhalten würden. Das ist für den Beirat Borgfeld nicht akzeptabel, da Borgfeld auf eine langjährige Geschichte voll von Traditionen zurückblicken kann, die besonders durch die aktive Vereinsstruktur, die aktive Arbeit des Bürgervereins und des Heimatarchivs erhalten und gefördert werden. Der intensive und freundschaftliche Austausch mit den Partnergemeinden sucht seinesgleichen, so dass es sehr unterstützenswert ist, dass auch die Partnergemeinden mit ihren Wappen auf dem Ortsschild verewigt werden sollten.

Für die CDU-Beiratsfraktion im Beirat Borgfeld:

Ralf Behrend

Antr. 2

**Beirat Borgfeld** Bremen- Borgfeld, den 7. März 2014 **SPD** – **Fraktion**

**Antrag**

der Beirat möge beschließen:

**Soweit hier bekannt, plant die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen die in den Sozialzentren dezentral wahrgenommenen Aufgaben, der Organisation, Planung und Steuerung des jeweiligen Kindergartenjahrs zu einer zentralen Stelle zu verlegen.**

**Der Beirat Borgfeld fordert die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen auf, von der Idee einer Zentralisierung der Aufgaben Abstand zu nehmen und es bei der bewährten Organisation der dezentralen Planung und Steuerung des Kinderjahres als praktizierte Stadtteilbeteiligung zu belassen.**

**Begründung:**

* Es ist sicher zutreffend, dass bei jeder Zentralisierung gleicher Organisationsstrukturen Einsparpotentiale denkbar sind. Es müssen dabei aber auch die Vor- und Nachteile sorgsam gegeneinander abgewogen werden, insbesondere unter Berücksichtigung einer mittlerweile unverzichtbar gewordenen direkten Stadtteilbeteiligung.
* Jeder Stadtteil/Ortsteil hat seine speziellen sozialpolitischen Verhältnisse. Eine Betrachtung aus der Sicht einer Zentralstelle birgt die Gefahr, nicht so differenziert zu sein. Nach unserer Einschätzung gehört die Aufgabe in den örtlichen Sozialraum, da nur dort die notwendigen Informationen vorliegen. Als Beispiel seien hier die alljährlich unzutreffenden Prognosen der Zentralbehörde(immer zu wenig) über die Entwicklung der notwendigen Kita-Plätze in Borgfeld genannt.
* Durch die starke, frühzeitige Vernetzung der an der Aufgabenbewälti-gung beteiligten Träger, der örtlichen Beiräte und des zuständigen Sozialzentrums kann ein sehr effektives und erfolgreiches Beteiligungsverfahren, das die Bürgerinteressen dezidierter berücksichtigt, durchgeführt werden.
* Das frühzeitige Befassen auf einem gut informierten Niveau hat auch den Vorteil, die Zentralbehörde eher auf ungedeckten Bedarf hinweisen zu können. Dadurch wird Zeit für die Entwicklung von Alternativen zur Bedarfsdeckung gewonnen(s. Antrag aus Borgfeld für das Jahr 2014) und letztlich die Aufgabe des Ressorts SfSKJuF nicht nur qualitativ verbessert, sondern auch erleichtert.
* Die im kleineren Sozialraum agierenden Stellen, sind eher in der Lage, den Jahresverlauf besser zu beobachten und gesichertere Prognosen über Veränderungen des zukünftigen Bedarfs abzugeben.
* Der Faktor Zeit und damit verbunden die Information der Eltern, die in ihrer Lebensplanung darauf angewiesen sind, möglichst frühzeitig Gewissheit zu haben, ob, und wo sie einen Kitaplatz bekommen, hat auch besondere soziale Aspekte.
* Durch die prognostizierte weitere Reduzierung der öffentlichen Mittel ist es u. E. zwingend erforderlich, die vorhandenen Mittel so gezielt wie möglich einzusetzen. So eine Feinabstimmung „vor Ort“ ist effizienter und fördert passgenauere Lösungen.
* Eine Zentralisierung der Aufgaben wird letztlich als Rückschritt bei der Teilhabe an den politischen Entscheidungen und damit als kontraproduktiv bei den Bemühungen um mehr Bürgerbeteiligung empfunden.

**Gerd Ilgner und die SPD - Fraktion**

Antr. 3

Querungshilfen BKA

**SPD – Fraktion** Bremen – Borgfeld, den 15. März 2014 im Beirat Borgfeld

**Antrag**

Der Beirat möge beschließen:

**Der Beirat Borgfeld fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, in der Bürgermeister – Kaisen – Allee zwischen Borgfelder Heerstraße und Albert – Bischof – Straße zwei weitere Querungshilfen für Fußgänger und Radfahrer einzurichten.**

**Begründung:**

* Die Bürgermeister – Kaisen – Allee(BKA) ist eine breit ausgebaute Straße mit einseitiger z. T. enger Wohnbebauung, einem gegenüberliegenden flächenartig angelegten Grüngürtel und gilt nach Behördeneinstufung als Hauptsammelstraße mit einem Streckengebot von 30 Km/h höchst zulässiger Geschwindigkeit.

Zurzeit verkehrt dort halbstündlich eine Buslinie der BSAG im Versuchsstadium.

In dem Grüngürtel sind - abgesetzt - ein Geh- und Radweg angelegt. Außerdem wird der Grüngürtel im westlichen Bereich von Kindern und Jugendlichen als Spiel- und insbesondere auch als Bolzplatz intensiv genutzt.

* Die BKA nimmt insbesondere zu Hauptverkehrszeiten viel Kfz – Verkehr, auch Durchgangsverkehr aus dem Hinterland - auf. Dabei wird z. T. erheblich schneller als die zulässige Höchstgeschwindigkeit gefahren.
* Es kommt immer wieder zu gefährlichen Begegnungen zwischen Fußgängern und Radfahrern als sogenannte schwächere Verkehrsteilnehmer und dem Kfz – Verkehr.
* Um hier insbesondere Kinder und Jugendliche, die sich auf dem Weg zum Spielplatz oder zur /von der Schule befinden, zu schützen, sind – wie mit dem ASV bereits vorerörtert – dringlich Hilfsmaßnahmen erforderlich.
* Dazu ist im westlichen Bereich u. E. eine Querungshilfe, nach dem bewährten Vorbild am Kiebitzbrink/BKA, in Höhe der Zufahrt zur Straße Vier Ruten zielführend.
* Im Bereich Höhe Albert – Bischof- Str./BKA bestehen erheblich Verkehrsgefahren, weil dort der Radweg der BKA frontal direkt auf die rechtwinklig abknickende bevorrechtigte Straße trifft und die Sicht durch die Straßenführung, Hecken und Straßenbäume verdeckt ist. Hier bedarf es sowohl für die Radfahrer als auch für die Kraftfahrer der Hilfe durch Verkehrsmaßnahmen, weil durch die örtlichen Umstände für beide Verkehrsarten suggeriert wird, freie Fahrt zu haben.

Gerd Ilgner und die **SPD - Fraktion**

Antr. 4

Der Beirat Borgfeld möge beschließen:

Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr wird aufgefordert, in der Fahrradstraße Kiebitzbrink die Beschilderung in normale große Verkehrszeichen auszutauschen. Zusätzlich sollten entsprechende Piktogramme auf die Fahrbahn aufgetragen werden.

Begründung:

Die Verkehrsschilder "Fahrradstraße" in der Straße Kiebitzbrink werden durch ihre geringe Größe leicht übersehen und die Autofahrer beachten die entsprechenden Regeln nicht. Damit entstehen immer wieder Situationen, bei denen Fahrradfahrer gefährdet werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten mit geringem Aufwand eine deutliche Verbesserung und mehr Sicherheit für die Fahrradfahrer bringen.

Rainer Filser und die Fraktion der GRÜNEN

Antr. 5

BÜNDNIS 90 Bremen – Borgfeld, den 3.4.2014 

***DIE GRÜNEN***

**im Beirat Borgfeld**

Der Beirat Borgfeld möge beschließen:

Der Senator für BUV wird aufgefordert, in der „kleinen“ Bürgermeister-Kaisen-Allee zwischen der Albert-Bischof-Str. und Upper Borg eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 10 km/h einzurichten.

Begründung:

Der Straßenabschnitt ist sehr schmal. Er wird von einer großen Anzahl von Fahrradfahrern, insbesondere Schulkindern, genutzt, für die das eine Verbesserung der Verkehrssicherheit bringen würde.

Begegnungsverkehr ist hier nur möglich, wenn die Fahrzeuge Richtung Upper Borg in die vorgesehenen Buchten ausweichen. Das verleitet teilweise zum "Schnell-noch-Durchfahren".  Tempo 10 wird den Verkehr in beiden Richtungen bremsen.

Uns ist klar, dass hier Kontrollen nur stichprobenartig stattfinden können. Das ungewöhnliche Tempo 10 ist aber ein starkes Signal an die Verkehrsteilnehmer, sich entsprechend zu verhalten.

Der Straßenabschnitt war ursprünglich als Verkehrsberuhigter Bereich eingerichtet. Mit einer Begrenzung auf Tempo 10 wäre zumindest geschwindigkeitsmässig der alte Zustand wiederhergestellt.

Petra Kettler und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen